

Stolper Post

Tageszeitung
für Stadt und Land

Umtliches
Publikations-Organ



Erscheint wöchentlich sechsmal. Bezugspreis für den Monat 75 Goldpfennig. Bei der Post für den Monat 80 Goldpfennig. Geschäftsstelle und Schriftleitung: Stolp, Präsidentenstr. 45. Fernsprecher 18.

Anzeigenpreis: Die 6gespaltene Kleinzeile oder deren Raum 20 Goldpfennig, für Inserenten im Stadtbezirk Stolp 10 Goldpfennig, für Stellengebote und Familienanzeigen 50% Nachlaß; die 3gespaltene Kellamezeile 50 Goldpfennig. Anzeigenannahme für denselben Tag bis vormittags 10 Uhr.

Mit Gott für Volk und Vaterland

Nr. 185

Stolp, Dienstag, den 10. August 1926

50. Jahrgang

Ein französischer Bettelbrief.

Clemenceau an Coolidge.

Paris, 9. August. George Clemenceau läßt durch die Agentur Havas einen offenen Brief an den Präsidenten der Vereinigten Staaten Coolidge verbreiten, in dem es heißt:

Zwischen den beiden großen Ländern, die während des Krieges mit Frankreich verbündet waren, sind wegen der Abrechnung Mißverständnisse entstanden, die die Zukunft der zivilisierten Welt ernstlich bedrohen. Gewiß sind wir Schuldner und Sie Gläubiger, aber es handelt sich nicht um eine reine Geldangelegenheit, vielmehr sind noch andere Erwägungen in Betracht zu ziehen. England hat bisher immer die Tendenz verfolgt, die Völker des Kontinents gegeneinander auszuspielen, und heute ist es Amerika, von dem aus Frankreich hauptsächlich beunruhigt wird.

Wenn die Nationen nur Geschäftshäuser wären, so würden die Banknoten das Schicksal der Welt regeln. Sie verlangen von uns die Bezahlung einer Schuld, die nicht geschäftlichen Ursprunges ist, sondern aus dem Kriege stammt, und Sie wissen, daß unsere Kassen leer sind. In solchen Fällen unterzeichnet der Schuldner Wechsel. Das verlangen Sie auch von uns, aber es ist notwendig, daß wir hüben und drüben an eine Barregelung zu einem bestimmten Zeitpunkt glauben könnten. Aber es ist offenes Geheimnis, daß es sich hier um fiktive Fälligkeiten handelt, die den Zweck haben, eine Anleihe mit guten Hypotheken auf Grund und Boden wie in der Türkei herbeizuführen. Das werden wir niemals annehmen. Frankreich ist nicht veräußerlich, auch nicht an seine Freunde. Wir haben es unabhängig übernommen und unabhängig wollen wir es hinterlassen. Wenn Frankreich unter den Streichen seiner Feinde und seiner geschworenen Freunde verschwinden müßte, so würde sein Name doch mit Ehren bestehen. Was haben wir denn anderes als lediglich unsere Pflicht getan? Hätten wir unsere Festungen an Deutschland abtreten sollen, als dieses unter Androhung einer Kriegserklärung diese Forderung an uns stellte? Wird jemand aufstehen, um zu erklären, daß wir etwas anderes getan haben, als uns in das Unvermeidliche zu schicken? Wird Verbun sagen können, daß wir schlecht gekämpft hätten? Drei tobbringende Jahre hindurch haben wir von Amerika gehört: Frankreich ist die Grenze der Freiheit. Das französische Gebiet ist mit wissenschaftlicher Gründlichkeit verheert worden. Die endlose Reihe der Toten ist eine Bilanzrechnung, die wohl mit der Rechnung Amerikas einen Vergleich aushalten kann. Die Rußland in West-Litwa, so hat Amerika mit Deutschland einen Sonderfrieden geschlossen, ohne sich überhaupt mit seinen Weggenossen zu verständigen. Heute streitet man sich um den Frieden des Geldes zwischen den alliierten und assoziierten Mächten. Wie hätte man das nicht voraussehen können? Warum haben wir nicht im Granatregen einen Verwaltungsrat der Rußländer einberufen, der die Frage entschied, ob wir die Verteidigung fortsetzen dürfen? Ist es jetzt notwendig, daß die Lüge von den deutschen Reparationen Geld in die Kassen Amerikas führt? Clemenceau schließt mit der Erklärung, daß er frei und offen Präsident Coolidge seine Ansicht vortrage, sodaß dieser jetzt das Wort habe.

Das Echo der Seine.

Paris, 9. August. Der Brief Clemenceaus an Coolidge findet in der Pariser Presse lebhaften Widerhall.

„Echo de Paris“ schreibt, es wäre voreilig, zu erwarten, daß die öffentliche Meinung in Amerika sich durch die Lektüre des Briefes ändere. Wenn der Brief in Amerika keine andere Wirkung habe, als bei einer kleinen Auslese von Personen einige Gewissensfragen hervorzurufen, so werde er andererseits das Kabinett Poincare in seinem Vertagungsbeschluss nachdrücklich bestärken.

Entschieden ablehnend verhalten sich „Matin“ und „Humanité“. Matin schreibt: Clemenceau hat sechs Jahre lang geschwiegen. Er hätte besser weiter geschwiegen. Wenn wir einen unendlich mühseligen Weg zu gehen haben, so ist es deshalb, weil er uns schwere Lasten aufgelegt hat. Er sollte sie uns nicht noch schwerer machen, indem er einen Verbündeten tabelt, dessen Irrtümer er, solange er an der Regierung war, nicht berichtigte, und dessen Freundschaft er nicht gepflegt hat.

Was sagt man in England?

London, 9. August. Zu der Intervention Clemenceaus, die hier beträchtliches Aufsehen erregt hat, schreibt „Daily Graphic“: Clemenceaus Brief an Coolidge und indirekt an England ist ein bedauerlicher Fehlgang. Diese Taktik macht das Herz Amerikas nur noch härter. Auch „Daily News“ ist der Ansicht, daß der Brief keine gute Wirkung tun werde. Er komme zu spät; je eher Frankreich die bittere Lehre einsehe, daß das Pfund Fleisch abgeliefert werden müsse, um so besser werde es für seine finanzielle Stabilität sein.

Kalte Dusche von drüben!

Plymouth, 9. August. Präsident Coolidge erhielt heute nacht durch Pressmeldungen Kenntnis von dem an ihn wegen der Regelung der französischen Kriegsschuld gerichteten offenen Brief Clemenceaus. In seiner Umdeutung wird erklärt, daß Coolidge der Ansicht sei, die Washingtoner Regierung beabsichtige, die Beziehungen zum französischen Volke in allen Fragen durch die von der Verfassung bestimmten diplomatischen Vertreter aufrecht zu erhalten. Der Präsident ist der Meinung, daß die Verhandlungen über die Regelung der französischen Kriegsschuld an Amerika abgeschlossen seien. — Das heißt mit anderen Worten, daß Herr Coolidge den „offenen Brief“ einfach zu den Akten legen wird. Eine kalte Dusche für Herrn Clemenceau und für Frankreich!

Militärrevolte in Rußland?

Unkontrollierbare Gerüchte?

Aus dem Sowjetparadies bringen polnische Blätter fortgesetzt alarmierende Meldungen, die allerdings von der Warschauer Gesandtschaft stets als unzutreffend bezeichnet werden. Man weiß indessen, daß solche Ableugnungen nicht viel zu bedeuten haben. In jedem Fall gibt der Kampf, den die Sowjetregierung hinter den Kulissen mit der Opposition führt, immer wieder neuen Gerüchten Nahrung.

So wird jetzt behauptet, daß es in Leningrad und Kronstadt zu einer vollständigen Militärrevolte gekommen sei. Matrosen und Militär sollen sämtliche Regierungsgebäude besetzt haben. Die Regierung habe in Leningrad und Kronstadt den Belagerungszustand erklärt. Weiter behauptet die „Agentia Wschodnia“, daß Trotzki der eigentliche Führer dieser Revolte sei und von Moskau nach Leningrad abreise, um die militärische Leitung des Aufstandes zu übernehmen.

Die genannte Agentur meldet schließlich, daß mehrere unbekannt Personen versucht hätten, ein Attentat auf Stalin zu verüben. Als die Agenten der S. P. U., die Stalin bewachen, die Attentäter verhaften wollten, hätten diese eine Bombe geworfen und seien geflüchtet. Zwei der GPU-Leute seien durch die Bombe getötet worden.

Vor einer Verhaftung Sinowjews?

Nach Blättermeldungen aus Moskau hat der neue Chef der S. P. U., Menschinski, einen Befehl zur Verhaftung Sinowjews erlassen. Eine offizielle Bestätigung dieser Nachricht liegt noch nicht vor.

Fragen des höheren Schulwesens.

Berlin, 9. August. Im preußischen Kultusministerium wird ein Referentenentwurf über das höhere Schulwesen ausgearbeitet. Eine grundsätzliche Regelung des umstrittenen Verhältnisses von Staat und Städten auf dem Gebiet des höheren Schulwesens wird in dem Entwurf allerdings bewußt vermieden. In Antnüpfung an die bestehende Abgrenzung der staatlichen und städtischen Befugnisse werden nur einige Fragen gesetzlich geregelt, so das Recht, die Gründung, Veränderung und Aufhebung staatlicher höherer Schulen zu genehmigen, sowie Art und Zahl der Lehrer zu bestimmen. Ein Abschnitt des Entwurfes enthält Bestimmungen, die die völlige wirtschaftliche Gleichstellung der staatlichen mit den städtischen Studierendrägen sichern sollen.

Neu ist in diesem Abschnitt die Einführung der Versekbarkeit auch der städtischen Schulräte, eingeschränkt auf den Fall, daß die Versekung aus dringenden Gründen notwendig ist. Die ungemein wichtige Frage des Schulgeldes läßt der Entwurf bis zu den nächsten Landtagsverhandlungen offen!

Ein letzter Abschnitt des Entwurfes reagiert in einigen recht verwickelten Bestimmungen die Frage des sogenannten „Gastschulbeitrages“. Die Einführung von Gastschulbeiträgen im höheren Schulwesen geht davon aus, daß die Kosten des höheren Schulwesens besonders für die mittleren und kleineren Städte in den letzten Jahren stark gestiegen sind und daß diese Städte der Hilfe bei der Tragung der Schullasten dringend bedürfen. Die Unterhaltung der höheren Schulen, die regelmäßig einem weiteren regionalen Gebiet dienen, als es das Stadtgebiet der sie unterhaltenden Stadt ist, soll daher auf breitere Grundlage gestellt werden. Hierzu soll dienen die Heranziehung der Landkreise, aus denen die oft sehr zahlreichen Schüler der höheren Schulen stammen. Die Landkreise sollen unter gewissen Voraussetzungen $\frac{1}{4}$ der Kosten des einzelnen aus dem Landkreis stammenden höheren Schülers tragen.

Die Kriegsgefahr im Osten.

Der politische Hintergrund der russisch-baltischen Garantiepaktverhandlungen.

In der letzten Woche haben zwei kleine, wenig beachtete Nachrichten die Lage im Osten wieder einmal hell beleuchtet. Nach der einen hat das Präsidium des Zentralvollzugsausschusses der Sowjetunion den Plan der Sowjetregierung angenommen, in Rücksicht auf die politische Lage die im Haushaltsplan für das Kriegskommissariat vorgesehenen Ausgaben für Heer und Flotte um 30 Prozent zu erhöhen und gleichzeitig die beabsichtigte Kürzung der Militärdienstzeit auf unbestimmte Zeit zu verschieben. Ferner hat die Sowjetregierung die russischen diplomatischen Vertreter in Finnland, Estland und Lettland nach Moskau berufen, um mit ihnen neue Richtlinien für die Verhandlungen über einen Garantiepakt zwischen der Sowjetunion und den baltischen Staaten festzulegen.

Weshalb erhöht Rußland seine Ausgaben für Heer und Flotte so beträchtlich? Weshalb will es Garantieverträge mit den baltischen Staaten schließen?

Es ist offensichtlich, daß beide Maßnahmen zunächst einmal gegen Polen gerichtet sind. Zwischen beiden Staaten besteht ein so starker Gegensatz, daß über kurz oder lang mit einem Kriege zwischen ihnen zu rechnen ist, der nun militärisch und diplomatisch vorbereitet werden soll. Der Gegensatz beruht einmal auf den polnischen Ausdehnungsgehrn, die sich ja nicht nur auf deutsches Gebiet erstrecken, sondern die polnische Grenze auch nach Osten vorzuschieben suchen. Als weitere Reibungsflächen kommen die russisch-kommunistischen Propagandaverfuche in Polen hinzu, dessen Ostgebiete wegen ihrer schlechten Verwaltung und niedrigen Kultur einer kommunistischen Untertwühlung leichter zugänglich sind als der bedeutend höher stehende, ehemals deutsche Westen.

Besonders aber handelt es sich um den Einfluß in den baltischen Randstaaten. Diese Länder sind für Rußland wie für Polen sehr wichtig, zunächst in wirtschaftlicher Hinsicht, vor allem aber, wie ein Blick auf die Karte lehrt, als Zugang zur Ostsee. Der polnische Korridor genügt Polen nicht als Verbindung mit der See, da er ja im Kriegsfall leicht abgeriegelt werden könne. Auch aus diesem Grunde richtet es sein Augenmerk immer wieder auf Ostpreußen und auf Danzig. Sind doch erst kürzlich wieder Meldungen über polnische Vorbereitungen gegen Danzig zu uns gekommen. Noch ein weiteres Land wird von diesen polnischen Plänen betroffen, nämlich Litauen. Die gewaltsame Besetzung von Wilna und des umliegenden Gebietes mit Hilfe verpöhlter Litauer vor einigen Jahren ist der erste Schritt dazu gewesen, und in letzter Zeit häufen sich die Nachrichten über polnische Truppen- und Bandenansammlungen an der litauischen Grenze. Genauere Angaben hierüber, die ein Teil der polnischen Presse brachte, wurden beziehungsweise von der Regierung unterdrückt. Die Friedensverhandlungen, die der polnische Außenminister vor 14 Tagen ebenso wie Deutschland so auch Rußland gegenüber abgegeben hat, sind wertlos; es sind Worte, denen die Taten in keiner Weise entsprechen. Allein schon die Tatsache, daß der alte Ruffenfeind Pilsudski Oberbefehlshaber des polnischen Heeres ist, daß er als wahres Staatsoberhaupt hinter den Kulissen die Schritte der polnischen Regierung lenkt, beweist deutlich genug, daß an eine Verständigung Polens mit Rußland nicht zu denken ist.

Bereits vor Jahren, kurz nach Beendigung des Weltkrieges, hat Polen versucht, mit Finnland, Estland und Litaland zu einem Bündnis zu gelangen, das angeblich der Abwehr der bolschewistischen Gefahr dienen sollte. Wenn es damals, als der Sowjetstaat noch tatsächliche Eroberungspolitik mit den Waffen in der Hand trieb, nicht gelungen ist, die Verhandlungen zu einem für Polen erfolgreichen Abschluß zu bringen, so lag es daran, daß man in den baltischen Staaten bei offenem Anschluß an das doch noch wenig konsolidierte Polen noch größere Gefahr seitens Rußlands befürchtete und daß man Polen nicht recht traute. Als nun Rußland immer mehr von seiner aggressiven Außenpolitik abließ und sich dem Aufbau seiner inneren Verhältnisse zuwandte, wurde die Neigung der baltischen Staaten zu einem Bündnis mit Polen immer geringer. Finnland, dessen Außenminister Holsti Ende 1921 in Warschau mit Polen ein Militärbündnis geschlossen hatte, hat diesen Vertrag nicht ratifiziert.

Nunmehr ging Rußland zur diplomatischen Gegenoffensive über. Auf einer Konferenz mit den Randstaaten und Polen zu Riga wurde im März 1922, am Vorabend der Konferenz von Genoa, eine osteuropäische Abrüstung beschlossen; sogar der polnische Vertreter ließ sich hierfür einfangen, seine Abmachungen wurden aber von dem gerade in Paris befindlichen polnischen Außenminister Skrmunt als unverbindlich erklärt. Am Ende desselben Jahres fanden dann in Moskau nochmals Verhandlungen über eine Abrüstung zwischen Rußland, den baltischen Randstaaten und Polen statt. Aber sie verliefen ergebnislos, da sich die Randstaaten, besonders aber

Öffentliche Bekanntmachungen.

Polizeiliche Anordnung zum 15. August 1926.

(Anwesenheit des Herrn Reichspräsidenten in Stolp).

1. In dem Straßenzuge Bahnhofstraße, Bismarckplatz Nordseite, Holstentorstraße, Marktplatz Südseite, Neutorstraße, Stephanplatz hat von 2,30 bis 3 Uhr der Verkehr mit Fahrzeugen jeder Art ausgenommen der Straßenbahn zu unterbleiben. Straßenkreuzungen dürfen nur auf Anweisung der Polizeibeamten passiert werden.
2. Die rechte Hälfte des Bahnhofsvorplatzes wird von 2—3 Uhr vollkommen gesperrt. Auf der linken Hälfte ist nur der Durchgangsverkehr vom und zum Bahnhofe gestattet.
3. Die Spalierkette darf nicht durchbrochen oder bedrängt werden.
4. In der Neutorstraße ist die Aufstellung hinter dem Spalier mit Rücksicht auf die Enge der Straße nicht gestattet. Die Bürgersteige dürfen nur von Fußgängern im Durchgangsverkehr benutzt werden.
5. Von 3—4 Uhr sind für den Fahrzeugverkehr gesperrt: Ringstraße vom Schützenhause ab, Mönchstraße, Herzogsbrücke, Wasserstraße, Präsidenten- und Kassubersstraße.
6. Kraftfahrzeuge haben nur Zufahrt zum Kampfsplatz auf dem Neiderziner Wege vom Rettungshause aus; Kraftfahrzeuge aus der Richtung Rixow dürfen nur bis zum Eingang „Waldkater“ fahren.
7. Die Straßenbahn fährt von 3 bis 3,30 und von 5,30 bis 6 Uhr nur bis zur Ecke Präsidenten-Kassubersstraße.
8. Das Werfen von Blumen oder Bittschriften in den Wagen des Herrn Reichspräsidenten ist unstatthaft. Bittschriften sind bei der Polizeiverwaltung zur weiteren Beförderung abzugeben.
9. Sobald der Wagen des Herrn Reichspräsidenten vorbeigefahren ist, werden die Zuschauer gebeten, sich möglichst durch Seitenstraßen zu entfernen. Auf keinen Fall darf dem Zuge gefolgt werden.
10. Unfallstationen sind im Rathause, dem Feuerwehrrathause und auf dem Kampfsplatz selbst eingerichtet.
11. Die Genehmigung zum An- und Abmarsch der Vereine mit Musik wird hiermit erteilt.
12. Den Anordnungen der Polizeibeamten und der Spalierordner ist unbedingt Folge zu leisten.

Stolp, den 9. August 1926.

Die Polizei-Verwaltung.

Offenhalten der Läden am 15. August 1926.

Offene Verkaufsstellen dürfen am 15. August 1926 von 11 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags für den Verkehr geöffnet sein. In dieser Zeit ist auch eine Beschäftigung der Angestellten zulässig.

Stolp, den 9. August 1926.

Die Polizeiverwaltung.

Schulgelderhebung.

Die für den Monat August fälligen Schulgelder — Gymnasium, Oberlyzeum, Knaben- u. Mädchenmittelschule sind innerhalb 3 Tagen an unsere Steuereinnahme zu zahlen. Bei nicht rechtzeitiger Zahlung tritt Mahnung und nötigenfalls Zwangsbeitreibung ein. Die nicht unerheblichen Mahn- und Pfändungsgebühren fallen den säumigen Zahlern zur Last.

Zur Entgegennahme der Schulgelder ist unsere Steuerkasse am 10., 12. und 13. August auch nachmittags von 3—6 Uhr geöffnet.

Stolp, den 9. August 1926

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Wir suchen zum sofortigen Dienstantritt eine tüchtige, arbeitsfreudige

Hilfskraft.

Gewandtheit im Schriftsatz ist Bedingung. Besoldung nach Alter und Fähigkeiten. Spätere Anstellung als Kassenbeamter nach Ablegung der Fachprüfung nicht ausgeschlossen. Bewerbungen mit Zeugnisabschriften und Lebenslauf umgehend erbeten. Persönliche Vorstellung zunächst nicht erwünscht.

Stolp, den 7. August 1926.

Der Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse des Stadtkreises Stolp.

Bilder und Büsten

zum Hindenburg-Tage

empfehle preiswert

Die Buchhandlung in der Schmiedestr.

Birnen!!!

Mittwoch auf dem Stephanplatz

empfehle

Eßbirnen à Pfund 35 Pfg.
3 Pfund 1 Mark

sowie alle Gemüse billigst!!

auf dem Wollmarkt.

Knop,

Stromstraße 6.

Tanzschule F. Harte

Kolberg

Am Mittwoch, den 11. August 1926, eröffne ich in Stolp einen

Tanz-Kursus

für Schüler und Schülerinnen höherer Lehranstalten. Wöchentlich zweimal, je 2 Stunden, nachm. 5—7 Uhr (Kursuspreis 20 Reichsmark). Abends 8—10 Uhr für Erwachsene. Kursuspreis 25 Reichsmark. Sämtliche alten und neuen Tänze werden gelehrt.

Anstands-Lehre

Jeder Kursus findet im Schützenhause statt (Anmeldungen bei Beginn des Kursus bei mir). Um rege Beteiligung bittet höflichst

F. Harte, Tanzlehrer u. Ballettmeister,
Kolberg, Brunnenstraße 7.

Blickschikanlagen

nach den ministeriellen Bestimmungen

:: führt in 20jähriger Praxis aus ::

Carl Menkel, Stolp

Grünerweg 2 am Friedrichsplatz

Telephon 78

Garten- u. Feuerlösch-Schläuche

in Hanf und Gummi empfiehlt in allen Weiten

Fernsprecher 892. J. de Beer, Stolp, Langestr. 13.

Börsen-Interessenten

erhalten unsere wöchentlichen Börsenberichte auf Wunsch gratis regelmäßig zugesandt.

v. Bischoffshausen & Co., Bankgeschäft
Berlin S. W. 68, Friedrichstraße 207.

Einer sagt's dem Andern

Zwei Achtzigjährige!



Dr. Axelrod's Yoghurt ist der beste. — Aertzlich empfohlen. Reinigt den Körper und verhindert Stoffwechsel-Krankheiten.

Fragen Sie Ihren Arzt!

Zu beziehen durch die Verkaufsstellen der

MOLKEREI
STOLP.

Vom 1. August ab
sind die Sprechstunden in unserer Zahnpraxis
von 9—1 und 2—4 Uhr.

Reichsverband Deutscher Dentisten
Kreisgruppe Stolp.

Fahnen

zum

Hindenburg-Tage

liefert

in allen Größen sehr preiswert

Friedrich Boës

Wäschegeschäft

Tel. 824.

Wallstr. 3.

Prima

Oberschl. Steinkohlen

Niederl. Briketts

Oberschl. Hüttenkoks

ab Lager und frei Haus in jeder gewünschten Menge sofort lieferbar.

Wilhelm Moldenhauer

Holstentorstr. 23 und Triftstr. 41. Fernruf 153.

Freibant.

Mittwoch, d. 11. August 1926.

vorm. 7 Uhr

Verlauf von Rind- und Schweinefleisch.

Die Schlachthofverwaltung.

Für den insolge schlechter Rirschernte sehr knappen und teuren

Rirschsafft

empfehle ich als Ersatz

Blaubeersafft und

Johannisbeersafft

zu gleichen Teilen zu mischen.

Geschmack ähnlich Rirschsafft.

Eiter jeder Sorte 1,20 Mk.

Bestellung umgehend erbeten.

Obstkelerei Heintze

Präsidentenstr. 36. Tel. 557.

Verreist Prof. Dr. Creite.

Stempel-Fabrik
Gravier-Anstalt
Vereinsabzeichen
Sportfiguren
Louis Kase

Stettin

Schulzenstrasse 10

Metallbetten

Stahlmatr., Kinderbetten

günst. an Priv. Katal. 1416 frei

Eisenmöbelfabr. Suhl (Thür)